

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!, GLP, BDP/CVP (Lukas Gutzwiller/Rania Bahnan Buechi/Tania Espinoza, GFL/Cristina Anliker-Mansour, GB/Michael Köppli, GLP/Kurt Hirsbrunner, CVP): Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten bei der Stadtverwaltung; Begründungsbericht

Am 31. Oktober 2013 hat der Stadtrat die folgende Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!, GLP, BDP/CVP als Richtlinie erheblich erklärt:

Die Migrationsbevölkerung stellt in der Stadt Bern mit mehr als einem Fünftel einen erheblichen Bevölkerungsanteil und leistet einen wichtigen Beitrag an eine prosperierende und weltoffene Stadt. Einer der vier Leitsätze der städtischen Integrationspolitik lautet: Die Stadt Bern fördert die Chancengleichheit in allen Lebensbereichen, insbesondere im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich und baut Integrationshemmnisse ab. Gemäss der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus werden gut qualifizierte MigrantInnen auf Grund der Herkunft oder der Hautfarbe bei der Anstellung am Arbeitsplatz diskriminiert. Die betroffenen Personen erfahren diesen Ausschluss im täglichen Leben, ohne viel dagegen tun zu können. Es ist wichtig, dass die Stadtverwaltung Personen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit bietet, Arbeitserfahrung zu sammeln und so die Familie zu unterhalten und an den Vorsorgewerken vollumfänglich zu partizipieren. Bei der Umsetzung der städtischen Integrationspolitik kommt dem Kompetenzzentrum Integration (KI) eine Schlüsselrolle zu und nimmt in der Stadtverwaltung in diesem Sinne eine Vorbildfunktion ein. Deshalb soll der Anteil der Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund in dieser Dienststelle erhöht werden. Nur so kann die städtische Integrationspolitik bei der Zielgruppe an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Der Gemeinderat wird beauftragt:

Der Anteil der Mitarbeitenden im KI mit Migrationshintergrund ist mittelfristig auf das durchschnittliche Niveau der ausländischen Bevölkerung zu heben, also auf mindestens 20%. Diese Massnahme ist über die natürliche Personalfluktuaton umzusetzen; es müssen keine zusätzlichen Stellen geschaffen werden.

Bern, 20. September 2012

Interfraktionelle Motion GFL/EVP, GB/JA!, GLP, BDP/CVP (Lukas Gutzwiller/Rania Bahnan Buechi/Tania Espinoza, GFL/Cristina Anliker-Mansour, GB/Michael Köppli, GLP/Kurt Hirsbrunner, CVP): Vinzenz Bartlome, Claudio Fischer, Martin Schneider, Peter Ammann, Esther Oester, Claude Grosjean, Judith Renner-Bach, Daniel Imthurn, Jürg Weder, Stéphanie Penher, Lea Bill, Rahel Ruch, Christine Michel, Monika Hächler, Aline Trede, Hasim Sancar, Daniel Klauser, Peter Künzler, Martin Trachsel, Daniela Lutz-Beck

Bericht des Gemeinderats

Im März 2013 waren im Kompetenzzentrum Integration (KI) 15 Personen angestellt, wovon 4 Personen mit Migrationshintergrund. Damit war die Forderung der Motionäre und Motionärinnen bereits vor Erheblicherklärung der Motion am 13. Oktober 2013 erfüllt.

Aufgrund neuer Aufgaben im Zuge der Inkraftsetzung des Integrationsgesetzes des Kantons Bern (Ansprechstelle Integration/Information von Neuzuziehenden), der Zunahme von Asylgesuchen sowie einer Pensionierung und dem Ausbau im Fachbereich Arbeitsintegration mussten neue Per-

sonen angestellt werden. Das KI hat dabei darauf geachtet, den Anteil der Migrantinnen und Migranten weiter zu erhöhen. Alle zusätzlichen Stellen sind durch Drittmittel, namentlich durch Kantonsbeiträge, finanziert.

Im Oktober 2015 präsentiert sich die Situation wie folgt: Im KI sind 23 Personen angestellt, davon 11 Personen mit Migrationshintergrund. Dazu kommen je 1 Praktikantin und 1 Praktikant, beide mit Migrationshintergrund. Damit ist der geforderte Anteil von 20 % deutlich übertroffen.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Bern, 28. Oktober 2015

Der Gemeinderat